

KOMMENTAR

Unrühmliche Bremsen

LOBBYISMUS Die Kanzlerin lässt sich vor den Karren der deutschen Autohersteller spannen. Die Folgen sind gefährlich.

Den Gesetzgebungsprozess für die Klimaauflagen wird man in Brüssel nicht so schnell wieder vergessen. Tatsächlich dürfte das, was letztes Jahr im Juni verfallen ist, einmalig sein in der EU: Ein Regierungschef, oder vielmehr eine Regierungschefin, interveniert persönlich, um ein unliebsames Vorhaben in Brüssel aufzuweichen und zu verzögern. Schon sehen Experten darin einen neuen Trend: Lobbying wird in der EU immer aggressiver. Unschuldig sind die EU-Institutionen daran nicht. Ein verpflichtendes Lobbyregister lässt weiter auf sich warten. Den europäischen Autobauern hat die Kanzlerin mit ihrem Vorstoß keinen Gefallen getan.



VON HANNA VAUCHELLE, MZ

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook, Twitter und Google+

Brüssel geschieht, ist zunehmend inakzeptabel. Die pure Macht der Lobby-Front von Unternehmen zeigt nicht nur, dass die Zivilgesellschaft in Brüssel unterrepräsentiert ist. Sie zeigt auch, dass das bestehende, freiwillige Transparenzregister nicht funktioniert.

Natürlich hat auch ein Pflichtregister seine Grenzen: Nämlich dann, wenn sich ein Regierungschef vor den Karren einer Branche spannen lässt und persönlich interveniert. Die Folgen sind gefährlich: Wenn ein paar Anrufe der Bundeskanzlerin genügen, um einen zwischen der Ratspräsidentschaft und dem Parlament geschlossenen Kompromiss zu Fall zu bringen, wird das gesamte Gesetzgebungsverfahren zur Farce. Für die anstehenden Europawahlen Ende Mai ist dies kein gutes Zeichen.

Rund 20 000 Lobbyisten tummeln sich in der EU-Hauptstadt. Wie geschäftig diese zu Werk gehen, hat sich in den letzten Monaten gezeigt: Die Vorfälle von wirtschaftlicher Einflussnahme haben unüberschaubar zugenommen. So wurde zuerst die Tabakrichtlinie verwässert, dann schob man die Neufassung der Datenschutzverordnung vor sich her. Bei den CO₂-Grenzwerten für Neuwagen wurde durch die Einmischung der Bundesregierung eine neue Dimension erreicht. Zwar konnte das Europaparlament noch nachbessern und das Schlimmste verhindern. Dennoch bleiben die nun verabschiedeten laschen Vorschriften hinter den Erwartungen zurück. Daimler und Co. können sich die Hände reiben.

Mangelnde Transparenz ist in der EU nach wie vor ein Problem. Wichtige Politikbeschlüsse oder Personalentscheidungen sind oft das Ergebnis von Hinterzimmer-Deals. Das trägt dazu bei, dass Brüssel in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend als undurchsichtiger Moloch wahrgenommen wird, in dem Bürokraten und Konzerne miteinander kugeln. Rechtspopulisten und EU-Hassern wird so unnötig Vorschub geleistet.

Die Verwässerung der Abgasnormen wirft die EU in ihren Bemühungen um den Klimaschutz zurück. Genauso wird sich die Entwicklung neuer sparsamer Technologien durch den Lobbyeinsatz der deutschen Hersteller verlangsamen. Im internationalen Wettbewerb kann dies den europäischen Autokonzernen nur schaden.

Eigentlich wissen es die etablierten Parteien längst: Europa muss seine Bürger mitnehmen. Die unrühmliche Lobbyeschlacht um die CO₂-Grenzwerte für Neuwagen hat deutlich gemacht, dass sie trotzdem immer wieder entgegen dieser Maxime handeln.

Sicherlich, es muss Konzernen erlaubt sein, sich in einer demokratischen Gesellschaft an der Gesetzgebung zu beteiligen. Doch wie dies in



Der wunde Punkt

Karikatur: Luff

Die Konstante der digitalen Gesellschaft heißt Fragilität

INTERNET Wir brauchen eine neue Flexibilität im Denken, damit uns neue Entwicklungen nicht völlig überrollen.

AUSSENAUSICHT



RAFAEL BALL

Der Autor ist Direktor der Universitätsbibliothek Regensburg.

Jüngst hat der Bundestag auf Antrag der Grünen eine Diskussion über die Demokratie im digitalen Zeitalter begonnen. Ausgelöst wurde diese Fragestellung leider nicht durch vorausschauendes strategisches Planen und den Wunsch, neuen Technologien mit gut vorbereiteten und abgestimmten Positionen politisch vernünftig zu begegnen, sondern schlicht als Reaktion auf die NSA-Affäre. Die Politik hat längst verschlafen, was im Bereich der Digitalisierung stattfindet, was sich entwickelt, welche Chancen darin vorhanden sind und wo Grenzen gezogen werden müssen. Während die Politik ihre meist simplen Macht- und Ränkespiele um Einfluss und Stimmen fortsetzt, geschieht in großen Teilen der Bevölkerung und ohnehin längst in der Wirtschaft und vielen Teilen der Wissenschaft ein Paradigmenwechsel, der größer nicht sein könnte.

Entwicklung einfach entzieht, oder sie bewusst oder unbewusst ignoriert, darf sich nicht wundern, wenn er oder sie in dieser Welt künftig keine Rolle mehr spielt.

Die NSA-Affäre ist nur ein einziges kleines Beispiel dafür, was heute im Bereich Daten und Analytik nicht nur möglich ist, sondern produktiv ein- und umgesetzt wird. Wer sich dieser

So wie die Politik Gefahr läuft, zu einem abgeschlossenen System zu verkommen und sich vom Rest der Welt in einer oftmals surreal anmutenden Selbstbezüglichkeit abzukoppeln, so müssen auch andere Stakeholder der modernen Welt aufpassen, Entwicklungen nicht zu verschlafen.

Die Bibliothek der Zukunft etwa muss sich heute vielen Fragen stellen: Wie wird Information in zehn Jahren zugänglich gemacht? Wie werden wir Wissen präsentieren? Wie werden wir Informationen finden? Wofür werden wir eine Bibliothek nutzen? Wie werden wir Erfolg messen? Welche Rolle wird die Bibliothek als Ort spielen? Mit diesen Fragen müssen sich In-

formation Professionals jetzt auseinandersetzen, damit sie in Zukunft richtig aufgestellt sind. Nur abwarten ist genau so falsch wie zu glauben, mit einfachen Patentrezepten die Lösung in der Tasche zu haben. Fragilität wird die einzige Konstante in der Zukunft einer digitalen Gesellschaft sein und das bedeutet, bereits heute jene Flexibilität in den Systemen und Köpfen zu entwickeln, die es uns erlaubt, spontan und ohne Schockstarre auf unvorhergesehene Änderungen zu reagieren.

Reid Hoffmann, ein Unternehmer im Silicon Valley und Mitbegründer von LinkedIn, hat dies so beschrieben: „Fragilität ist der Preis, den wir für eine Welt, die mit Hyperlinks verbunden ist, zahlen werden, eine Welt in der alle Puffer aus dem System wegoptimiert wurden. Die Ökonomie, Politik und der Arbeitsmarkt bergen eine Menge unerwarteter Schocks. In diesem Sinne wird die Welt von morgen mehr wie das Silicon Valley von heute aussehen: dauernder Wechsel und Schocks.“ Und nur wenn wir das erwarten und nichts anderes, werden wir in der Lage sein, damit sinnvoll umzugehen.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.

WEITERE KOMMENTARE

Social Media: Unternehmen dürfen sich die Chancen von Facebook und Co. nicht entgehen lassen. [SEITE 12](#)

Standort: Betriebe und Kommunen profitieren davon, wenn sie eng zusammenarbeiten. [SEITE 9](#)

PRESSESTIMMEN

Süddeutsche Zeitung

Die Zeitung zur Ukraine: „Sobald über die Normalität einigermaßen zurückgekehrt ist nach Kiew, wird die ukrainische Politik auf den Weg wechseln müssen, den der flüchtige Ex-Präsident Viktor Janukowitsch nicht gehen wollte. Das Assoziierungsabkommen mit der EU dürfte recht bald wieder zur Unterschrift bereitliegen. Der ukrainischen Wirtschaft eröffnen sich dadurch Märkte im Westen, sie wird aber auch einem stärkeren Wettbewerb ausgesetzt sein. Die EU hatte schon Janukowitsch flankierende Hilfe in Kombination mit einem Kredit des Internationalen Währungsfonds angeboten. Voraussetzung waren und bleiben Reformen.“

STUTTGARTER ZEITUNG

Die Zeitung zur Ukraine: „Kaum ist Viktor Janukowitsch vom Hof gejagt, findet sich eine breite Basis, die den bisherigen Führer vor das Internationale Strafgericht bringen will. Das ist eine publikumswirksame Resolution, mehr aber auch nicht. Zum einen zählt die Ukraine gar nicht zu den Staaten, die das Gericht anerkennen. Zum anderen kann kein Land der Welt den Strafgerichtshof auffordern, gegen einzelne Personen vorzugehen. Der Ankläger in Den Haag entscheidet allein, gegen wen er ermittelt.“

Berliner Zeitung

Die Zeitung zu Deutschland/Israel: „Das Motto der Veranstaltung hätte auch lauten können: Gemeinsamkeiten hervorkehren, Meinungsunterschiede klein halten. Hauptsache, die deutsch-israelische Freundschaft leidet nicht. Niemand pflegt sie so wie Angela Merkel, Israels wichtigste Sprecherin in Europa. Schon deshalb wird die Kanzlerin im Kabinett Netanjahu sehr geschätzt. Selbst den Konflikt um den Siedlungsbau nimmt man gelassen. Die Positionen klaffen zwar auseinander, aber man reibt sich nicht daran. Dahinter steckt eine gewisse Resignation Merkels, mit Kritik an Netanjahus Politik in den besetzten Gebieten noch etwas bewirken zu können.“

DIE WELT

Die Augsburger Zeitung zum Thema Steuern: „Timoschenko spricht davon, dass ihr Land binnen kurzer Zeit EU-Mitglied werden könnte. Die Ukraine ist ein europäisches Land, historisch und heute. Euphorie aber ist ein schlechter Ratgeber. Die Union muss der Ukraine rasch helfen. Sie darf sich nun aber nicht im Pathos von Freiheit und Aufbruch in der Ukraine verirren. Beide Partner sind nicht reif für ein Zusammenleben. Die EU muss die Ukrainer vor Enttäuschungen schützen.“

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

Meistgelesen



- 01 Glück** Gisela Purucker hatte 1955 zehn Mark verloren. Ein Politiker, der ihren Aufruf in der MZ las, half ihr aus.
- 02 Justiz** Wende in einem Rocker-Prozess: Zwei Männer, die 1993 eine Frau im Raum Aschaffenburg getötet haben sollen, sind auf freiem Fuß.
- 03 Brand** Am Montag brannte eine Terrasse am Hochhaus in der Kurt-Schuhmacher Straße in Regensburg.
- 04 Absage** Die CSU kann sich keine weitere Zusammenarbeit mit der SPD in der Koalition mehr vorstellen.

@geklickt

Was bewegt das Internet? Die Online-Redaktion der Mittelbayerischen Zeitung hält in einer eigenen Rubrik fest, was ihr bei der Reise durch das World Wide Web ins Netz gegangen ist.

www.mittelbayerische.de/angeklickt



Video des Tages

Das Parlament in Kiew verschiebt die Wahl der Interimsregierung auf Donnerstag. Vitali Klitschko will zur Präsidentschaftswahl antreten.

www.mittelbayerische.de/video

facebook -Thema

An der roten Ampel oder auch bei voller Fahrt: Viele Autofahrer können die Finger nicht vom Handy lassen. Zehn Prozent der Unfälle passieren, weil der Fahrer abgelenkt ist.

Reaktionen der User

Die Regel macht auch null Sinn, deswegen wird sie nicht respektiert und nicht akzeptiert. Am Navi darf man rumspielen, essen darf man, rauchen darf man. Aber das Handy als Navi nutzen nicht. *Maxe*

Wenn bloß die Täter dabei zu Schaden kommen würden, würd's mich nicht stören. *Stephan*

Diskutieren Sie mit uns weiter unter www.mittelbayerische.de/facebook